



BÜNDNIS GEGEN RECHTS **Aschaffenburg-Miltenberg**

9.11.1938 – 9.11.2025

»Es fing an mit Ausgrenzung«

Ernst Grube, Zeitzeuge

Das Bündnis gegen Rechts lädt im Gedenken
an die Reichspogromnacht vor 87 Jahren ein zu

Kundgebung und Mahnwache:

**Sonntag 9. November ´25, 17:00 Uhr,
Aschaffenburg, Sandkirche/Sandtor**
Anschließend Gedenkweg zur
Veranstaltung am Wolfsthalplatz

Wir laden ein vor dem Hintergrund, ...

- dass die Lehren aus den Anfängen faschistischer Herrschaft in Deutschland nie dazu gereicht haben, gesellschaftliche Ausgrenzung aus der bundesdeutschen Wirklichkeit zu verbannen. Im Gegenteil: Die Anschläge von Hoyerswerda über Hanau bis Halle und der Umgang damit zeigen, wie sehr Ausgrenzung und Rassismus nicht nur in den Köpfen eines wachsenden Bevölkerungsteils verankert, sondern auch Instrumente aktueller Politik sind.
- dass das Gedenken an die Verbrechen der Vergangenheit nur Sinn macht, wenn es auch die Verbrechen der Gegenwart nicht verschweigt.

»Es fing an mit Ausgrenzung«

Ernst Grube, Zeitzeuge

Ernst Grube war am 10. November 2021 auf Einladung des Bündnisses gegen Rechts (BgR) per Online-Schaltung zu Gast im „Stern“. Sein Vortrag galt seinen Erfahrungen als ausgegrenztes Kind im vom Faschismus beherrschten und geprägten München und später im Konzentrationslager Theresienstadt. Er wies mit oben zitiertem Ausspruch darauf hin, zu welcher Katastrophe eben auch aktuelle Ausgrenzung letztendlich führen kann. Es muss ja nicht gleich der als singulär postulierte Holocaust sein. Grassierender Nationalismus verbunden mit menschenfeindlichen Haltungen aller Art führten zu Anschlägen wie die von Hoyerswerda oder Hanau.

Deshalb hat das BgR im Vorfeld des diesjährigen 9. November an den 19. Februar '20 in **Hanau** erinnert und in einer **Matinee am 2. November „Das Deutsche Volk“** gezeigt einen Film über unerledigte Aufklärung und strukturellen Rassismus.

Denn: Wie uns Katja Maurer (medico) am 27. Januar d. J. anlässlich des Genkens an die Befreiung des KZ Auschwitz und der Opfer des Faschismus mit auf den Weg gab, sind Erinnerungspolitische Kämpfe, wie sie die so genannte 68er Generation in Westdeutschland geprägt haben, in dieser Form zwar an ihr Ende gekommen. Es wurde erreicht, dass es überall Gedenkstätten gibt, dass der Opfer so weit wie möglich gedacht wird, dass als Ergebnis dieser Erinnerungspolitischen Kämpfe Rassismus in Deutschland mit einem großen Tabu belegt war. Nichtsdestoweniger bekommt der einwanderungsfeindliche Rassismus heute so viele Wählerstimmen, dass alle Parteien auf diesem Klavier spielen wollen. Die ethnisch-nationalen Phantasien sind gefährlich. Sie handeln davon, Bürger- und soziale Rechte an ethnische Herkunft zu binden. Die Forderung nach Remigration ist ihr faschistoider Ausdruck.

Der unsägliche Diskurs um eine Säuberung des Stadtbildes schippert in seinem Kielwasser.

Der 9. November wird als Gedenktag an das Fanal zum bisher größten Menschheitsverbrechen begangen. Das ist gut und richtig. Das Gedenken an die Verbrechen der Vergangenheit macht nur Sinn, wenn es auch die Verbrechen der Gegenwart benennt. Gerade angesichts des Versagens vor der Geschichte beim Zulassen völkermörderischer Konflikte scheint es uns ebenso wichtig, sich der Täterstrukturen zu erinnern, die solche Verbrechen möglich machten und machen. Das erlaubt nicht nur, sondern erfordert allerdings Rückschlüsse auf die Gegenwart. Umso verheerender, dass quasi vor unseren Augen im Gaza-Streifen ein Kriegsverbrechen stattgefunden hat, dem laut amnesty international nahezu 70.000 Palästinenserinnen und Palästinenser zum Opfer gefallen sind (Stand 15.10.2025). Die israelische Armee hat den Gaza-Streifen flächendeckend nahezu unbewohnbar gemacht. Wenn angesehene Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, medico international, IPPNW, Ärzte ohne Grenzen, Bet'selem und renommierte Genozid-Forscher wie Omer Bartov von Völkermord sprechen, den die israelische Armee begangen habe, dann geht es nicht um Rhetorik. Diese Rede beruht auf ausführlichen Dokumentationen des Vorgehens der israelischen Armee und den Ankündigungen israelischer Politiker. Die Argumentation und auch die international erhobene Anklage gegen Deutschland zur Komplizenschaft bewegt sich entlang des Völkerrechts. Es wurde aus den Erfahrungen und Lehren von Faschismus und Krieg heraus erkämpft und soll garantieren:

Nie wieder Völkermord! Nie und Nirgendwo!
Dafür stehen wir auch am 9. November -

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!